Gesetz
zur Reinhaltung der Luft * (Lufthygienegesetz, LHG)

vom 16.11.1989 (Stand 01.01.2011)

Der Grosse Rat des Kantons Bern,

gestützt auf Artikel 36 des Bundesgesetzes vom 7. Oktober 1983 über den Umweltschutz (USG)[1)] sowie Artikel 35 der Eidgenössischen Luftreinhalte-Verordnung vom 16. Dezember 1985 (LRV)[2)], auf Antrag des Regierungsrates,

beschliesst:

1 Geltungsbereich

Art. 1

[1] Dieses Gesetz führt das Recht des Bundes über die Luftreinhaltung aus und ergänzt dieses.

2 Ergänzendes kantonales Recht

Art. 2 *Grundsatz*

[1] Tätigkeiten im Freien dürfen weder schädliche noch lästige Luftverunreinigungen verursachen.

[2] Luftverunreinigungen sind lästig, wenn sie das Wohlbefinden von Menschen in unzumutbarem Ausmass stören.

Art. 3 *Landwirtschaftsbetriebe*

[1] Die normale Geruchsbildung, wie sie bei einer gebräuchlichen und ordentlichen Führung eines herkömmlichen Landwirtschaftsbetriebs entsteht, gilt nicht als lästig.

[2] Bei der Düngung sind die örtlichen Gegebenheiten zu berücksichtigen und der Zeitpunkt so zu wählen, dass lästige Einwirkungen unterbleiben.

---

1) SR 814.01

2) SR 814.318.142.1

* Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Art. 4 * *Verbrennen von Abfällen im Freien*

[1] Die Gemeinden können die Vorschriften nach Artikel 30c USG[1)] und Artikel 26a LRV[2)] über das Verbrennen von Abfällen im Freien verschärfen oder das Verbrennen von Abfällen im Freien ganz verbieten.

Art. 5 * *…*

Art. 6 *3. Brände zu Übungszwecken*

[1] Brände zu Übungs- und Vorführzwecken sind im Freien unter Vorbehalt der Verwendung von Brennstoffen nach Anhang 5 LRV[3)] gestattet; verboten ist die Verwendung von Heizöl «Mittel» oder «Schwer».

3 Vollzug

Art. 7 *Regierungsrat*

[1] Der Regierungsrat

a bezeichnet die Gemeinden, für die Massnahmenpläne gemäss Artikel 31 LRV[4)] zu erstellen sind;
b genehmigt die Massnahmenpläne, soweit nicht eine Bundesbehörde zuständig ist;
c erlässt verschärfte Vorschriften für Gebiete und Perioden mit stark erhöhter Luftverschmutzung;
d erlässt die zum Vollzug dieses Gesetzes notwendigen Ausführungsbestimmungen durch Verordnung.

Art. 8 *Volkswirtschaftsdirektion*

[1] Die Volkswirtschaftsdirektion übt die Aufsicht über den Vollzug aus.

[2] Sie prüft die Massnahmepläne unter Beizug der betroffenen Direktionen. *

[3] Sie kann Aufgaben vertraglich an Gemeinden delegieren, insbesondere:

a Vollzug der Emissionsbestimmungen von Artikel 3–16 LRV[5)];
b Erstellen und Nachführen von Verzeichnissen über Quellen und Verursacher von Luftverunreinigungen;
c dauernde oder periodische Überwachung der Luftverunreinigung in Gemeinden mit übermässigen Immissionen.

---

1) SR 814.01
2) SR 814.818.142.1
3) SR 814.318.142.1
4) SR 814.318.142.1
5) SR 814.318.142.1

Art. 9 * *Zuständige Stelle*

[1] Die zuständige Stelle der Volkswirtschaftsdirektion *****

a ist die Fachstelle Luftreinhaltung des Kantons gemäss Artikel 42 USG[2)],
b leitet die Ausarbeitung der Massnahmenpläne und stellt die Koordination zwischen den betroffenen Gemeinden und den zuständigen kantonalen Amtsstellen sicher.

[2] Sie ist für den Vollzug der Vorschriften über die Luftreinhaltung zuständig, soweit nichts anderes vorgesehen ist.

Art. 10 *Gemeinden*

[1] Die Gemeinden

a kontrollieren Feuerungsanlagen mit Heizöl «Extra leicht» und Gas mit einer Feuerungswärmeleistung bis zu einem Megawatt gemäss LRV[3)],
b vollziehen Artikel 2–6 dieses Gesetzes,
c sind für den Vollzug zuständig, soweit Aufgaben gemäss Artikel 8 an sie delegiert werden.

Art. 11 *Polizeiorgane*

[1] Die Kantons- und Gemeindebehörden können die Polizeiorgane zum Vollzug beiziehen, sofern Anordnungen nicht auf andere Weise Nachachtung verschafft werden kann.

Art. 12 *Bewilligungsverfahren*

[1] Die zuständigen Bewilligungsbehörden haben dafür zu sorgen, dass die Vorschriften zur Reinhaltung der Luft in den bestehenden Bewilligungsverfahren berücksichtigt werden.

4 Kosten, Steuerungsinstrumente und Finanzierung

Art. 13 *Verursacherprinzip*

[1] Wer Massnahmen nach diesem Gesetz verursacht, trägt die Kosten dafür.

Art. 14 *Marktwirtschaftliche Steuerungsinstrumente*

[1] Der Kanton kann mit Dekret finanzielle Anreize und marktwirtschaftliche Steuerungsinstrumente zur Verbesserung der Reinhaltung der Luft schaffen.

---

2) SR 814.01
3) SR 814.318.142.1

Art. 15 *Gebühren*

[1] Für Bewilligungen, Kontrollen und besondere Dienstleistungen nach diesem Gesetz können die mit dem Vollzug betrauten Organe kostendeckende Gebühren erheben.

[2] Der Regierungsrat legt Einzelheiten und den Gebührenrahmen durch Verordnung fest; er achtet auf die Verhältnismässigkeit und Wirtschaftlichkeit des Kontrollaufwands.

Art. 16 *Finanzierung bei Delegation von Aufgaben*

[1] Der Kanton trägt die Kosten für die im Auftrag der Volkswirtschaftsdirektion von den Gemeinden

a erstellten und nachgeführten Verzeichnisse über Quellen und Verursacher von Luftverunreinigungen gemäss Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe b,
b durchgeführte periodische oder dauernde Überwachung der Luftverunreinigung gemäss Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe c.

[2] Die Gemeinden können der zuständigen Stelle der Volkswirtschaftsdirektion vierteljährlich ihre Abrechnungen einreichen. *****

Art. 17 *Kantonsbeiträge*

[1] Der Kanton leistet 70 Prozent an die Kosten für das Ausarbeiten von Massnahmenplänen.

[2] Er kann zwischen 30 und 60 Prozent an die Kosten leisten für:

a das Durchsetzen von Massnahmenplänen,
b die Aus- und Weiterbildung der mit Aufgaben dieses Gesetzes betrauten Personen,
c Forschungsprojekte, welche die Luftreinhaltung im Kanton Bern betreffen,
d ausserordentliche Aktionen zur Reinhaltung der Luft.

[3] Die Beitragssätze werden festgelegt:

a vom Regierungsrat für das Durchsetzen von Massnahmenplänen,
b ***** von der zuständigen Stelle der Volkswirtschaftsdirektion für die Beiträge nach Absatz 2 Buchstaben b-d.

Art. 18 *Bundesbeiträge*

[1] Die zuständige Stelle der Volkswirtschaftsdirektion fordert die Bundesbeiträge ein. *****

[2] Kantonsbeiträge werden nach Abzug der Leistungen des Bundes ermittelt.

Art. 19 *Bevorschussung*

[1] Die für die Festlegung des Kantonsbeitrags zuständige Behörde kann auf Gesuch bis zu 90 Prozent des Beitrags bevorschussen.

[2] Beiträge werden nach Vorliegen des Kostenvoranschlags für einzelne Teilschritte eines Projekts oder für ein Gesamtprojekt bevorschusst.

Art. 20 *Auszahlungen*

[1] Der zuständigen Stelle der Volkswirtschaftsdirektion obliegen alle Auszahlungen. *

5 Rechtspflege und Strafbestimmungen

Art. 21 *Beschwerde*

[1] Gegen Verfügungen der zuständigen Stelle der Volkswirtschaftsdirektion und der Gemeinde kann innert 30 Tagen seit der Eröffnung schriftlich und begründet bei der Volkswirtschaftsdirektion Beschwerde erhoben werden. *

[2] … *

[3] Im Übrigen gilt das Gesetz vom 23. Mai 1989 über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG[1)]). *

Art. 22 *Strafen*

[1] Wer vorsätzlich den Artikeln 2–6 dieses Gesetzes oder den gestützt darauf erlassenen Verfügungen zuwiderhandelt, wird mit Busse bestraft. *

[2] Im übrigen gelten die Strafbestimmungen der Artikel 60–62 USG[2)].

Art. 23 *Strafverfolgung*

[1] Die Strafverfolgung obliegt den ordentlichen Strafverfolgungsbehörden.

[2] Die kantonalen und kommunalen Vollzugsbehörden sowie die Polizeiorgane reichen gegen Fehlbare bei der zuständigen Staatsanwaltschaft Strafanzeige ein. *

[3] Die Volkswirtschaftsdirektion, deren zuständige Stelle und die Gemeinden können im Strafverfahren Parteirechte ausüben. *

---

1) BSG 155.21
2) SR 814.01

Art. 24 *Mitteilung von Urteilen*

[1] Der zuständigen Stelle der Volkswirtschaftsdirektion ist von allen gestützt auf die Umweltschutzgesetzgebung im Bereich der Luftreinhaltung ausgefällten Strafurteilen Kenntnis zu geben. *****

6 Schlussbestimmungen

Art. 25 *Aufhebung von Erlassen*

[1] Es werden folgende Erlasse aufgehoben:

a Gesetz vom 16. November 1978 zur Reinhaltung der Luft,
b Dekret vom 6. September 1979 über die Begrenzung der Luftverunreinigung bei Haus- und Industriefeuerungen.

Art. 26 *Inkrafttreten*

[1] Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Bern, 16. November 1989

Im Namen des Grossen Rates
Der Vizepräsident: Rychen
Der Staatsschreiber: Nuspliger

RRB Nr. 1759 vom 23. Mai 1990:
Inkraftsetzung auf den 1. September 1990

Vom Bundesrat genehmigt am 23. Februar 1990

Änderungstabelle - nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	BAG-Fundstelle
16.11.1989	01.01.1990	Erlass	Erstfassung	1990 d 33 | f 35
29.10.1997	01.01.1998	Art. 9	geändert	97-94
29.10.1997	01.01.1998	Art. 9 Abs. 1	geändert	97-94
29.10.1997	01.01.1998	Art. 16 Abs. 2	geändert	97-94
29.10.1997	01.01.1998	Art. 17 Abs. 3, b	geändert	97-94
29.10.1997	01.01.1998	Art. 18 Abs. 1	geändert	97-94
29.10.1997	01.01.1998	Art. 20 Abs. 1	geändert	97-94
29.10.1997	01.01.1998	Art. 21 Abs. 1	geändert	97-94
29.10.1997	01.01.1998	Art. 23 Abs. 3	geändert	97-94
29.10.1997	01.01.1998	Art. 24 Abs. 1	geändert	97-94
16.03.1998	01.01.1999	Art. 8 Abs. 2	geändert	98-57
18.06.2003	01.06.2004	Erlasstitel	geändert	04-14
18.06.2003	01.06.2004	Art. 4	geändert	04-14
18.06.2003	01.06.2004	Art. 5	aufgehoben	04-14
14.12.2004	01.01.2007	Art. 22 Abs. 1	geändert	06-129
10.04.2008	01.01.2009	Art. 21 Abs. 2	aufgehoben	08-109
10.04.2008	01.01.2009	Art. 21 Abs. 3	geändert	08-109
11.06.2009	01.01.2011	Art. 23 Abs. 2	geändert	09-147, 10-44

Änderungstabelle - nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	BAG-Fundstelle
Erlass	16.11.1989	01.01.1990	Erstfassung	1990 d 33 | f 35
Erlasstitel	18.06.2003	01.06.2004	geändert	04-14
Art. 4	18.06.2003	01.06.2004	geändert	04-14
Art. 5	18.06.2003	01.06.2004	aufgehoben	04-14
Art. 8 Abs. 2	16.03.1998	01.01.1999	geändert	98-57
Art. 9	29.10.1997	01.01.1998	geändert	97-94
Art. 9 Abs. 1	29.10.1997	01.01.1998	geändert	97-94
Art. 16 Abs. 2	29.10.1997	01.01.1998	geändert	97-94
Art. 17 Abs. 3, b	29.10.1997	01.01.1998	geändert	97-94
Art. 18 Abs. 1	29.10.1997	01.01.1998	geändert	97-94
Art. 20 Abs. 1	29.10.1997	01.01.1998	geändert	97-94
Art. 21 Abs. 1	29.10.1997	01.01.1998	geändert	97-94
Art. 21 Abs. 2	10.04.2008	01.01.2009	aufgehoben	08-109
Art. 21 Abs. 3	10.04.2008	01.01.2009	geändert	08-109
Art. 22 Abs. 1	14.12.2004	01.01.2007	geändert	06-129
Art. 23 Abs. 2	11.06.2009	01.01.2011	geändert	09-147, 10-44
Art. 23 Abs. 3	29.10.1997	01.01.1998	geändert	97-94
Art. 24 Abs. 1	29.10.1997	01.01.1998	geändert	97-94